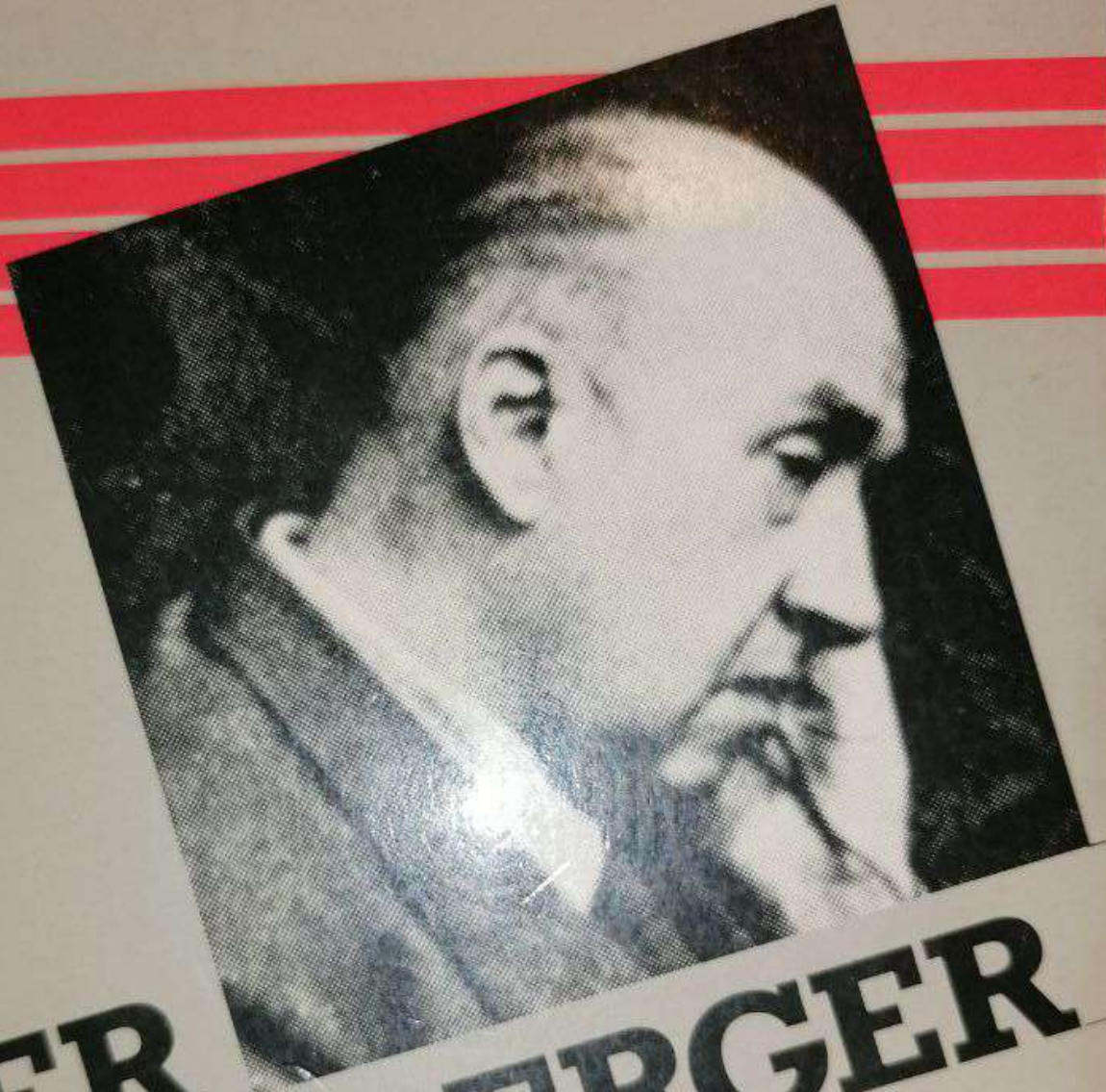


Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg



DER NÜRNBERGER PROZESS

Dokumentation ■ Bilder ■ Zeittafel

DELPHIN

1918

8. Jan. Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, richtet an den amerikanischen Kongreß eine Friedensbotschaft, in der er 14 Punkte für die künftige Friedensregelung vorschlägt (u.a. Freiheit der Schifffahrt, Beseitigung wirtschaftlicher Schranken zur Erleichterung des Handels, wechselseitige Garantien zur Beschränkung der Rüstungen, Regelung der kolonialen Fragen unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Völker, Räumung der besetzten Gebiete, Gelegenheit zur autonomen Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns, Völkerbund).

19. Febr. Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags (Programm Erzberger: Annexionsloser Frieden).

29. Sept. Die Oberste Heeresleitung fordert unverzüglichen Erlaß eines Waffenstillstands- und Friedensangebotes unter Annahme der »14 Punkte«.

30. Sept. Reichskanzler Graf Hertling wendet sich gegen von Kaiser Wilhelm II. zugestandene Parlamentarisierung und tritt zurück. Nachfolger Prinz Max von Baden.

3./4. Okt. Waffenstillstandsangebot an Wilson, das am 9. mit der Forderung nach Annahme der 14 Punkte und Räumung der besetzten Gebiete beantwortet und von der Reichsregierung nach einigem Notenwechsel am

27. Okt. angenommen wird. Generalfeldmarschall von Hindenburg verbleibt auf Wunsch des Kaisers als Führer des Feldheeres auf seinem Posten, während General Ludendorff den am 26. Oktober erbetenen Abschied erhält.

28. Okt. Vollzug der Verfassungsänderung. (Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags; Einführung der parlamentarischen Demokratie.)

3. Nov. Aufstand der Matrosen in Kiel als Folge von Gehorsamsver-

weigerungen, nachdem am 28./29. Oktober der Befehl zum Auslaufen der Flotte zum Kampf gegen die britische Flotte gegeben worden war. Am 4. Kiel, am 5. Lübeck und am 6. Hamburg von Aufständischen beherrscht.

7. Nov. Revolution in Nordwestdeutschland und Bayern (8. Nov. Ausrufung des Freistaates Bayern).

8. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission unter Führung von Staatssekretär Erzberger wird im Wald von Compiègne durch Marschall Foch empfangen. Er legt harte Bedingungen vor, die innerhalb 72 Stunden anzunehmen seien, u.a. Fortdauer der Hungerblockade. Der deutsche Vorschlag auf sofortige Einstellung der Feindseligkeiten wird abgelehnt. Oberste Heeresleitung weist die Kommission an, Erleichterungen in mehreren Punkten zu erstreben, falls dies nicht möglich, »trotzdem abzuschließen«.

9. Nov. 12 Uhr Ablauf des sozialdemokratischen Ultimatums, das die Abdankung des Kaisers fordert. Nachdem um 11 Uhr ein Fernspruch aus dem Hauptquartier Spa den Kanzler wissen läßt, daß sich der Kaiser zur Abdankung entschlossen habe, gibt Max von Baden vor Eintreffen der genauen Formulierung den Thronverzicht bekannt; kurz darauf ruft der Abgeordnete Scheidemann von der Treppe des Reichstags die Republik aus. Der Abgeord-

nete Ebert übernimmt die Geschäfte des Reichskanzlers. Ebert, im Bestreben, die Monarchie zu retten, bittet erfolglos Prinz Max, als Reichsverweser zu bleiben. (Rat der Volksbeauftragten als sechsköpfige Regierung.)

10. Nov. Kaiser Wilhelm II. geht ins Exil nach Holland. Umwandlung der deutschen Monarchie in Freistaaten.

11. Nov. Unterzeichnung des Waffenstillstands.

12. Nov. Wirtschaftsgesetzgebung der Volksbeauftragten: Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung. Die österr. Nationalversammlung erklärt den Anschluß an das Deutsche Reich.

28. Nov. Thronverzicht Wilhelms II. (1. Dez. Thronverzicht des Kronprinzen Wilhelm.)

16.-20. Dez. Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin spricht sich für die Wahl einer Nationalversammlung aus.

Partei Gründungen

15. Nov. Demokratische Partei (liberal-republikanisch, frühere Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei und Linksliberale der Nationalliberalen Partei). Bayer. Volkspartei (kath.-konservativ, königstreu) vom Zentrum abgespalten.



Spartakisten-Aufstand in Berlin wird durch Regierungstruppen niedergeschlagen

22. Nov. Deutschnationale Volkspartei (konservativ, berücksichtigt zwar die neuen Verhältnisse, doch grundsätzlich für die Monarchie).

18. Dez. Deutsche Volkspartei (rechter Flügel der früheren Nationalliberalen Partei, zahlreiche Anhänger für parlamentarische Monarchie).

31. Dez. Kommunistische Partei Deutschlands, hervorgegangen aus dem Spartakusbund, einer 1917 gegründeten radikalsoz.-umstürzlerischen Bewegung unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Während des Januaraufstandes werden sie auf dem Transport zum Untersuchungsgefängnis ermordet.

1919

5.-13. Jan. Spartakusaufstand in Berlin.

5. Jan. Gründung der Deutschen Arbeiterpartei, der sich Adolf Hitler am 16. 9. 1919 anschließt.

19. Jan. Wahlen zur Nationalversammlung (163 SPD, 91 Zentrum, 75 Demokraten, 44 Deutschnationale, 19 Dt. Volkspartei, 22 USPD, 7 Sonst.)

Frauenwahlrecht eingeführt.

6. Febr. Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar.

11. Febr. Ebert wird von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt.

13. Febr. Scheidemann wird Reichskanzler.

27. Febr. Gesetz über Schaffung der Reichswehr.

März-Mai. Unruhen und Streiks. Kurt Eisner (Bayer. Minister-Präsid.) am 21. 2. 1919 ermordet, Räterepublik in Bayern ausgerufen, Terror in Sachsen und Thüringen, Streiks im Ruhrgebiet, dort von Severing mit Hilfe der Regierungstruppen und Freikorps niedergeworfen, Regierungstruppen stellen in Braunschweig, München und andernorts wieder die Ordnung her. Generalstreik in Stuttgart.

22. Juni Nationalversammlung billigt Friedensvertrag unter Vorbehalten. Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau, Vorsitzender der Versailler Friedenskonferenz, verlangt bedingungslose Annahme binnen 24 Stunden.

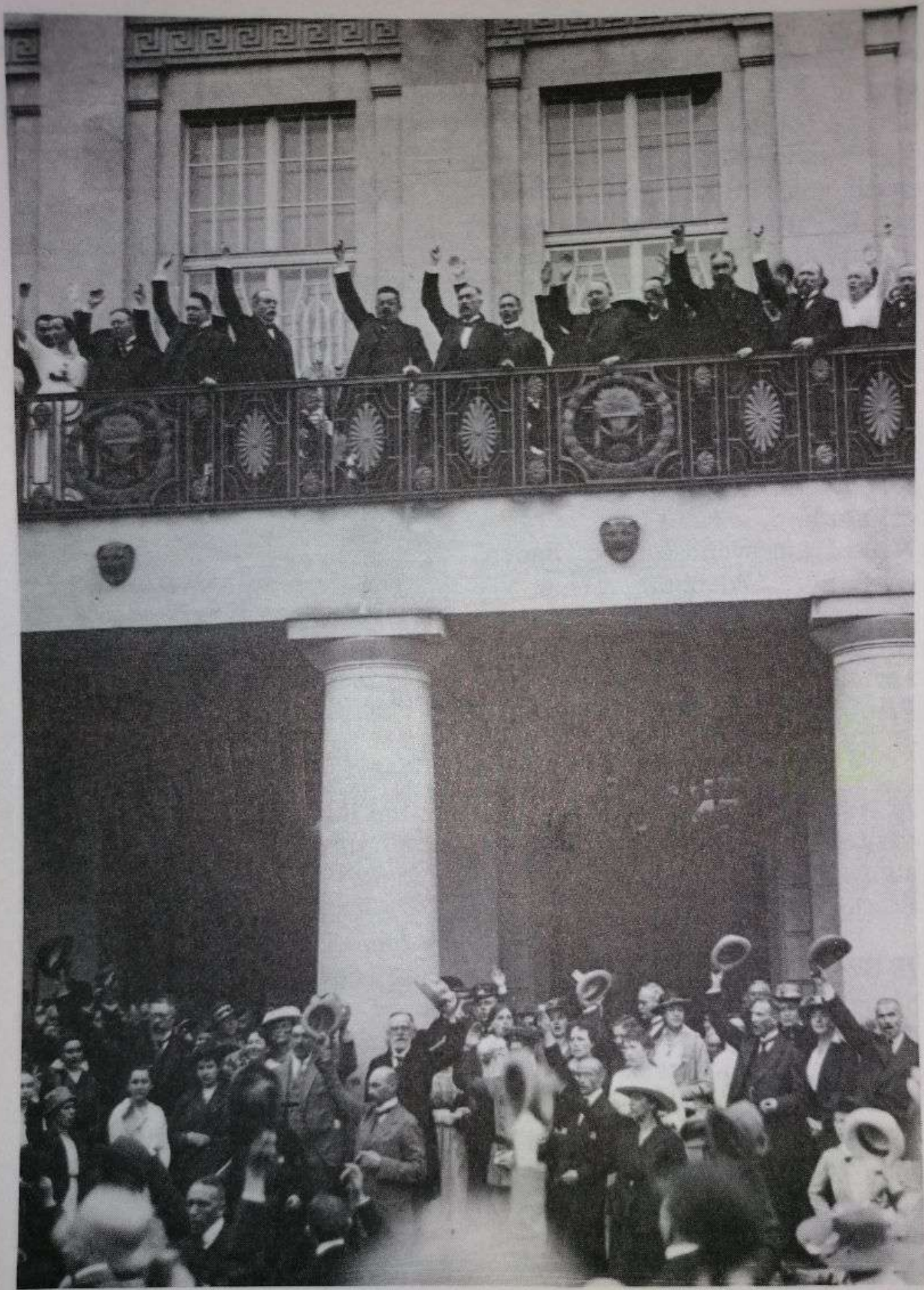
23. Juni Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung.

28. Juni Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal zu Versailles durch die Mitglieder der Reichsregierung Hermann Müller und Dr. Bell. (Außenminister und Delegationsführer Graf Brockdorff-Rantzau war mit Reichskanzler Scheidemann, Minister Preuß u.a. zurückgetreten, da er in der Nationalversammlung keine Mehrheit

für eine Ablehnung fand.) Wesentlicher Inhalt: Abtretung von Elsaß-Lothringen, fast ganz Posen und Westpreußen, Hultschin, Eupen-Malmedy, Memel; Danzig wird Freie Stadt, Kolonien werden Völkerbundsmandate. Abstimmungen werden vorgesehen für das Saargebiet, Oberschlesien, Nordschleswig, Marienwerder und Allenstein. 100 000-Mann-Heer ohne schwere Waffen und Luftflotte, entmilitarisierte Zone westlich und 50 km östlich des Rheins, Kriegsschuld der Deutschen, Forderung nach Auslieferung des Kaisers (der sich Holland widersetzt), Reparationen (Naturalien und bis Mai 1921 vorerst 20 Milliarden Goldmark), Besetzung des linken Rheinufer mit den Brückenköpfen auf Kosten des Deutschen Reiches.

In den sogen. Pariser Vorortverträgen werden den anderen Mittelmächten die Friedensbedingungen übergeben: Österreich (St. Germain 2. 6. 19), Ungarn (Trianon 2. 6. 19), Bulgarien (Neuilly 18. 9. 19) und Türkei (Sèvres 18. 9. 19).

31. Juli Annahme der Reichsverfassung mit 262 gegen 75 Stimmen durch die Nationalvers. Parlamentarische, demokrat. Republik. Volkswille wird wirksam durch Wahlen von Abgeordneten zum Reichstag (Verhältniswahl) oder in Volksbegehren, Volksentscheiden und in der direkten Volkswahl des Reichspräsidenten. Reichspräsident ernannt und entläßt Reichskanzler und dessen Minister. Sturz der Re-



*Weimar 1919.
Nach der Vereidigung des ersten deutschen Reichspräsidenten,
Friedrich Ebert, ein »Hoch« auf die Republik*